

## Protokoll der V. Sitzung des Rechtsausschusses

Anwesende:

Hauke Engelhardt, Justus Krimphove, Pola Ostałowska, Daniel Kötz

Weitere Anwesende:

Dominic Andres, Sophie Franz, Hannah Jerger, Julian Niclas

### 1. Eröffnung der Sitzung

Hauke Engelhardt eröffnet die Sitzung um 14.15 Uhr MESZ.

#### 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt

#### 1.2 Annahme der Tagesordnung

TOP	Uhrzeit	Beratungsgegenstand	Antragsteller:in/ Berichterstatter:in
1		Eröffnung	Vorsitz
1.1		Feststellung der Beschlussfähigkeit	
1.2		Annahme der Tagesordnung	
1.3		Wahl einer Protokollführung	
1.4		Abstimmung des Protokolls der 4. Sitzung	
1.5		Bericht der Vorsitzenden	
2		Anträge zur Änderung der RL-Projekt	AStA
2.1		Digitale Antragstellung	
2.2		Awareness	
5		Berichte	
6		Sonstiges	Vorsitz

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

#### 1.3 Wahl der Protokollführung

Justus wird einstimmig zum Protokollanten gewählt.

#### 1.4 Abstimmung über das Protokoll der letzten Sitzung

Über das Protokoll der vierten Sitzung wird via Umlaufbeschluss abgestimmt.

Justus erinnert daran, dass sowohl das Protokoll der dritten als auch der vierten Sitzung noch nicht auf Moodle hochgeladen wurden.

## **1.5 Bericht des Vorsitzenden**

Es gibt keine Neuigkeiten zu berichten.

## **2. Anträge zur Änderung der RL-Projekt**

### **2.1 Awareness**

Hannah erläutert, der Antrag werde gestellt, da es auf verschiedenen Veranstaltungen dieser Legislatur zu Gewalt und sexueller Belästigung gekommen sei. Durch Ausweitung des Awareness-Konzeptes solle die Sicherheit gewährleistet werden.

Dominik meint, der Rechtsausschuss müsse diesen Antrag rechtstechnisch besser ausformulieren, könne aber auch Änderungen vornehmen. Inhaltlich schlägt er vor, dass § 10b Abs. I eine Mindestanzahl an Personen definiert, welche auch mit steigender Teilnehmerzahl zunimmt, aber nach oben gedeckelt wird, da es bei größeren Veranstaltungen wie das Sommerfest zu Personalengpässen kommen kann.

Sophie schlägt vor, dass eine Regelung wie § 10c für § 10b Abs. I des Antrages genutzt werde.

Justus schlägt für § 10 b Abs. I folgende Formulierung vor: „Für Veranstaltungen, die nach dieser Richtlinie gefördert werden, sind Ansprechpersonen zu bestimmen, davon mindestens eine Frau. Die Richtlinien des § 10c finden dementsprechend Anwendung.“

Hauke meint, bei § 10b Abs. IV müsse man eine „Muss“-Formulierung treffen, damit die Awarenessschulung verpflichtend sei.

Justus sagt, es müsse aber dann auch klar formuliert werden, was „Veranstaltungen mit Eskalationsrisiko“ seien. Dort seien zwar drei Beispiele genannt, aber wenn keines dieser Beispiele zutreffe, fange eine Diskussion darüber an, ob die jeweilige Veranstaltung darunterfalle.

Justus schlägt vor, dass man zusätzlich zu den Veranstaltungen mit Alkohol politische Veranstaltungen hinzufüge, denn diese hätten allgemein ein Eskalationsrisiko. Außerdem sei der Begriff weiter gefasst und die im Antrag genannten Beispiele fielen darunter. Den Nebensatz mit dem Eskalationsrisiko solle man streichen, denn da fange die nächste Diskussion an, ob oder was darunterfalle. So sei gewährleistet, dass bei Veranstaltungen mit Alkoholausschank und politischen Veranstaltungen grundsätzlich ein Awarenesskonzept vorliegen müsse.

Justus schlägt für § 10b IV folgende Änderung der Formulierung vor: „Bei Veranstaltungen mit Alkoholkonsum sowie bei politischen Veranstaltungen soll ein Awarenesskonzept durchgeführt werden.“

Die Änderungen werden einstimmig angenommen.

### **2.2 Digitale Antragstellung**

Hauke sieht keinen Bedarf der Änderung des Antrages.

Dem stimmen die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Rechtsausschusses zu.

Justus meint jedoch, es müsse sich aber darüber Gedanken gemacht werden, wie die Anträge abgelegt bzw. archiviert in Zukunft würden. Dafür müsse es eine einheitliche Methode geben, auf die auch noch die zukünftigen Legislatoren Zugriff haben. Der Asta sollte bei der Universität in Erfahrung bringen, ob es dort ein digitales Archiv gebe, denn die Ablage auf USB-Sticks oder Cloud-Lösungen sei seiner Meinung nach nicht sicher genug.

Hauke bestätigt, der Asta solle sich Gedanken zur Archivierung der Anträge machen.

### **2.3 Sitzungskalender**

Hauke plädiert dafür, weiterhin auf Notwendigkeit nach neuen Terminen zu suchen. Bei Bestehen dieser Notwendigkeit werde eine Doodle-Umfrage erstellt, mit der ein Termin ausgemacht werde.

Dominic informiert, die Viadrina habe ein neues Heizkostenkonzept, weshalb die Heizungen ab 20.00 Uhr abgeschaltet würden und dies mit in die Terminfindung einkalkuliert werden müsse.

### **5. Berichte**

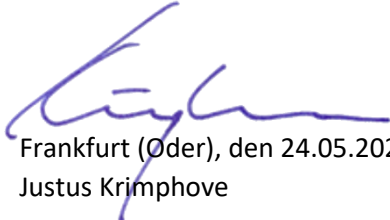
Es liegen keine weiteren Berichte vor.

### **6. Sitzungskalender**

Es gibt keine sonstigen Punkte zu besprechen.

Hauke schließt die V. Sitzung des Rechtsausschusses um 14.59 Uhr.

Fürs Protokoll



Frankfurt (Oder), den 24.05.2023  
Justus Krimphove